



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2013/2014

Band II

Einzelplan 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 02	4
Zusammenfassung der Stellenübersicht	7
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2013	8
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2014	10
Kapitel 02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei	12
Kapitel 02 030 Vertretung des Landes beim Bund	37
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2013	44
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2014	45
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2013	46
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2014	48
Dienstwohnungen des Einzelplanes	50
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	51

VORWORT

Zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten gehören insbesondere die nachstehenden Aufgaben, zu deren Wahrnehmung er sich der Staatskanzlei bedient:

1. Regierungsplanung und ressortübergreifendes Controlling
2. Politische Koordinierung
3. Kabinett, Landtag, Fraktionen
4. Beziehungen zum Bund und zu den Ländern insbesondere zu Berlin, Vertretung des Landes beim Bund sowie im Bundesrat und dessen Gremien (inkl. Koordinierung der Landesposition), Beziehungen zu Parteien, Organisationen und Verbänden
5. Internationale Beziehungen
6. Strategie- und Maßnahmenentwicklung zur Gestaltung des demografischen Wandels
7. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Koordinierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
8. Grundsatzfragen der Medienpolitik, Rundfunkangelegenheiten
9. Koordinierungsstelle „Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement“, Bürgerangelegenheiten, Ordensangelegenheiten/Ehrungen/Auszeichnungen, Schirmherrschaften des Ministerpräsidenten
10. Protokoll
11. Gnadensachen soweit vorbehalten
12. Organisation der Landesregierung

Die Staatskanzlei besteht aus den vier Abteilungen:

- Zentrale Angelegenheiten, Internationales
- Regierungsplanung, Koordinierung
- Regierungssprecher, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Vertretung des Landes beim Bund

Der Einzelplan umfasst die Kapitel:

Kapitel 02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei
Kapitel 02 030 Vertretung des Landes beim Bund

Wesentliche Veränderungen

Im Herbst 2014 wird das Land Brandenburg den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz für ein Jahr übernehmen. Ausgaben dafür sind im Kapitel 02 010 Titelgruppe 75 veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der Ist-Ausgaben 2011 und der Haushaltsansätze 2012 – 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Vorjahr gesamt	14	17	19	22	23	25
Zugänge:						
- Ruhestand	3	2	3	1	2	1
- Hinterbliebene						
Versorgungsempfänger gesamt	17	19	22	23	25	26
IST-/Sollausgaben	990.410	1.140.200	1.359.800	1.464.300	1.639.400	1.756.100

Für den Haushalt 2013/2014 wurde der Bedarf bei den Versorgungsausgaben erstmals auf der Grundlage einer neuen Methode ermittelt. Dabei wurde auch der voraussichtliche Bedarf für 2012 neu ermittelt. Die vorstehenden Ausgaben entsprechen daher nicht dem Ansatz im Haushaltsplan für 2012 sondern dem im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für 2013/2014 prognostizierten Bedarf.

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind im Kapitel 02 010 Titel 432 10 veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Beamten für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet werden

Anzahl			Zuschlags- satz* in v. H.	2013		2014	
bis 2012	2013 (kumulativ, einschl. bis 2012)	2014 (kumulativ, einschl. bis 2013)		Zuschlag in EUR	durchschnittli- cher Zu- schlagsbetrag in EUR	Zuschlag in EUR	durchschnittli- cher Zu- schlagsbetrag in EUR
0	1	1	35	46.865	133.900	46.865	133.900

Die Aufwendungen sind im Kapitel 02 010 Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die bis 2011 eingestellten Beamten und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten der Jahre bis 2011. Für die in den Jahren 2012 bis 2014 (geplant) eingestellten Beamten und Richter erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat. Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

* Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:

- 28 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung
- 35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung
- 36 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug
- 43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2013 / 2014

Einzelplanübersicht

Bezeichnung	2012	2013	2014
1 Planmäßige Beamte und Richter	112,00	109,00	109,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00	0,00
3 Arbeitnehmer	51,00	56,00	55,00
Stellensoll (1-3)	163,00	165,00	164,00
Beamte im Vorbereitungsdienst	0,00	0,00	0,00
Auszubildende	2,00	2,00	2,00
Leerstellen			
Planmäßige Beamte und Richter	4,00	5,00	4,00
Arbeitnehmer	3,00	4,00	3,00
Summe Leerstellen	7,00	9,00	7,00

Haushaltsübersicht 2013

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
02010		8.200	40.000		48.200	11.810.300
02030		5.400	83.700		89.100	5.000
Summe 2013		13.600	123.700		137.300	11.815.300
Summe 2012		13.600	83.700		97.300	11.290.600
Vgl. zu 2012			+40.000		+40.000	+524.700

Haushaltsübersicht 2013

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
2.772.900	211.800		96.000	46.900	14.937.900	-14.889.700
380.800			23.000		408.800	-319.700
3.153.700	211.800		119.000	46.900	15.346.700	-15.209.400
3.127.200	451.300		51.400		14.920.500	-14.823.200
+26.500	-239.500		+67.600	+46.900	+426.200	-386.200

Haushaltsübersicht 2014

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
02010		8.200			8.200	11.881.900
02030		5.400	87.700		93.100	5.000
Summe 2014		13.600	87.700		101.300	11.886.900
Summe 2013		13.600	123.700		137.300	11.815.300
Vgl. zu 2013			-36.000		-36.000	+71.600

Haushaltsübersicht 2014

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
3.081.300	451.800		35.300	46.900	15.497.200	-15.489.000
389.300					394.300	-301.200
3.470.600	451.800		35.300	46.900	15.891.500	-15.790.200
3.153.700	211.800		119.000	46.900	15.346.700	-15.209.400
+316.900	+240.000		-83.700		+544.800	-580.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

Die Landesregierung wird ermächtigt, ausgeschiedenen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Fahrer und Dienstwagen aus dem Fahrdienst der Landesregierung in dem aus Sicherheitsgründen gebotenen Rahmen zur Verfügung zu stellen.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	7.900 9.769	7.900	7.900
119 15	011	Rückflüsse aus Zuwendungen	0 8.497	0	0
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	300 0	300	300

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	300	300
Summe		300	300

132 20	011	Erlöse aus der Veräußerung von Gastgeschenken	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben bei Titel 684 10 verwendet werden.

Erlöse aus der Veräußerung von Gastgeschenken an den Ministerpräsidenten und die weiteren Mitglieder der Landesregierung dürfen bis zu einer Höhe von 250 Euro je Gegenstand für gemeinnützige Zwecke gespendet werden.

Erläuterungen:

Gastgeschenke sind Gegenstände, die dem Ministerpräsidenten und den weiteren Mitgliedern der Landesregierung im Rahmen der Ausübung ihres Amtes überreicht werden.

Die Veräußerung von Gegenständen erfolgt, wenn sie zur Erfüllung von Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden (vgl. § 63 Abs. 2 Satz 1 LHO).

Summe HGr. 1:		8.200	8.200	8.200
---------------	--	-------	-------	-------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0
235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0 0	0	0
261 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	0 0	0	0
271 10	011	Zuschüsse der Europäischen Kommission zur Durchführung des INTERREG IV C Projektes DART	0 22.327	40.000	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 271 10

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Zuschüssen der EU-Kommission in 2013, die zur Finanzierung des Projektes DART (Declining, Ageing and Regional Transformation) zum Demografischen Wandel in 2012 vorfinanziert wurden. DART war ein Erfahrungsaustausch zur Erarbeitung von Lösungsansätzen zwischen europäischen Regionen, die bereits erste Lösungen im Umgang mit einer schrumpfenden Bevölkerungszahl haben und solchen Regionen, die sich mitten im Schrumpfungsprozess befinden. Der Zuschuss der Europäischen Kommission betrug 75 v.H., die vom Land kofinanziert wurden. Das Projekt wurde 2012 beendet. 2013: Mehr wegen der Erstattung der durch das Land Brandenburg vorfinanzierten Projektkosten. 2014: Weniger nach Beendigung und Abrechnung des Projektes DART.

282 10	011	Sponsoringleistungen aus dem Inland	0	0	0
			10.000		

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben in den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 verwendet werden.

286 10	011	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland	0	0	0
			0		

287 10	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben in den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 verwendet werden.

Summe HGr. 2:			0	40.000	0
---------------	--	--	---	--------	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	851	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	0	0
			150.146		

359 11	851	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	0	0	0
			837.407		

Summe HGr. 3:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
 02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 64.

235 64	011	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesagentur für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	----------	----------	----------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Siehe Vermerke bei den Titeln 132 20, 282 10 und 287 10.

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge des Ministerpräsidenten	157.000	157.300	157.500
			153.881		

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministerpräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 des Ministergesetzes einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung.
Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beamte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	3.446.000	3.335.200	3.273.900
			3.203.862		

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	3.335.200	3.273.900
2. Aufwandsentschädigung	0	0
3. Sonstige Leistungen	0	0
Summe	3.335.200	3.273.900

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Staatssekretär	B10	hD	1,00	1,00	1,00
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigent	B5	hD	3,00	3,00	3,00
Ministerialrat	B2	hD	12,00	12,00	12,00
Ministerialrat	A16	hD	14,00	13,00	13,00
Regierungsdirektor	A15	hD	13,00	13,00	13,00
Oberregierungsrat	A14	hD	10,00	11,00	11,00
Regierungsrat	A13	hD	5,00	3,00	3,00
Oberamtsrat	A13	gD	23,00	23,00	23,00
Amtsrat	A12	gD	6,00	6,00	6,00
Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	18,00	18,00	18,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	2,00	2,00	2,00
Regierungssekretär	A6	mD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			109,00	107,00	107,00

Leerstellen:

Ministerialrat	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			1,00	1,00	1,00

sonstige Stellenplanvermerke:

1) davon erhalten 6 eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.Gr. A 9 der BBesO.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen			
1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrat
			Umsetzung von 12 010 / 422 10
1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen	
1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A16 hD	Ministerialrat	Umwandlung nach A16 hD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
2,00	0,00	A13 hD	Regierungsrat	Umwandlung nach E 13	
3,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
3,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt			
-2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

422 30 011 Dienstbezüge für Beamte auf Probe **0** **0** **0**
0

427 20 011 Entgelte für Aushilfen **8.600** **8.600** **8.600**
36.890

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Veranschlagt sind Mittel für eine kurzfristige Beschäftigung von Mitarbeitern in Zeiten des Spitzenbedarfs sowie für Honorarkräfte	8.600	8.600
Summe		8.600	8.600

427 49 011 Entgelte für Arbeitnehmer im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen **0** **0** **0**
0

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Vergütungen und Löhnen bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung von allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

428 10 011 Entgelte der Arbeitnehmer **6.623.900** **6.928.600** **6.856.800**
6.001.018

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
AT	1,00	1,00	1,00
AT I	3,00	3,00	3,00
E 15	5,00	5,00	5,00
E 14	4,00	7,00	7,00
E 13	1,00	0,00	0,00
E 12	4,00	4,00	4,00
E 11	3,00	3,00	3,00
E 8	13,00	12,00	12,00
E 6	6,00	6,00	6,00
E 5	3,00	3,00	3,00
E 4	0,00	4,00	4,00
E 3	0,00	0,00	0,00
Zusammen:	43,00	48,00	48,00
Auszubildende:			
AZUBI	2,00	2,00	2,00
Zusammen:	2,00	2,00	2,00
Leerstellen:			
E 14	1,00	1,00	1,00
Zusammen:	1,00	1,00	1,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2013	2014			
Zugänge:					
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	4,00	0,00	E 4		Umsetzung aus Kapitel 12 020 (Wirtschaftsplan des BLB)
	4,00	0,00	Zugänge Haushaltsvollzug		
	4,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
	4,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Umwandlung / Umsetzung					
Zugänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen	2,00	0,00	E 13		Umwandlung von A13 hD
	2,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
	2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen	1,00	0,00	E 8		Umwandlung nach E 8 Umsetzung von 428 10 nach 428 79
	1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
	1,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	1,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Stellenhöherstufung:					
sonstige Hebungen	3,00	0,00	von E 13	nach E 14	infolge Einführung der Entgeltordnung des TV-L
	3,00	0,00	Sonstige Höherstufungen insgesamt		
	3,00	0,00	Stellenhöherstufungen insgesamt		

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	1.034.300 990.410	1.359.800	1.464.300
---------------	------------	--	-----------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Zahl der Versorgungsempfänger ist im Vorwort jeden Einzelplanes in einer Übersicht nachzuweisen. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg.

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

443 10	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	8.500 4.598	8.500	8.500
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung wurde das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen. Nach § 16 ASiG ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	1.500	1.500
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0	0
3.	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	4.900	4.900
4.	Sonstiges	2.100	2.100
	Summe	8.500	8.500

451 10	011	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	100 48	100	100
---------------	------------	---	------------------	------------	------------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 451 10

Erläuterungen:

Ausgaben für die Betreuung von Bediensteten, die am Heiligen Abend nach 18.00 Uhr Dienst verrichten.

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	7.200 6.776	7.200	7.200
--------	-----	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Trennungsgeld	7.200	7.200
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
Summe		7.200	7.200

459 10	011	Sonstige Personalausgaben		5.000	5.000
--------	-----	---------------------------	--	-------	-------

neu

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Zahlung von Prämien im Rahmen eines Ideenmanagment.

462 10	881	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

aus Titelgruppen:

0 0 100.000

Summe HGr. 4:	11.285.600	11.810.300	11.881.900
---------------	------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67.600 60.556	71.000	65.000
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Geschäftsbedarf	19.400	23.400
2.	Bücher, Zeitschriften	20.000	20.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.000	20.000
4.	Sonstiges	11.600	1.600
Summe		71.000	65.000

2013: Der Titel enthält Umsetzungen aus Titel 633 20 in Höhe von 10.000 Euro. Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten an die Bewerber für deren Präsentationen im Rahmen des Vergabeverfahrens um die Ausrichtung des Brandenburg-Tages. Mehr wegen der Umsetzung von Mitteln bei gleichzeitiger Absenkung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

2014: Weniger, da der Brandenburg-Tag nur alle zwei Jahre durchgeführt wird.

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	60.700 50.909	61.000	61.000
--------	-----	--	------------------	--------	--------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 511 20

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Postgebühren	10.000	10.000
2. Mobilfunkanschlüsse	39.000	39.000
3. Fernmeldegebühren	10.000	10.000
4. Sonstiges	2.000	2.000
Summe	61.000	61.000

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	100	100	100
			0		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	100	100
3. Verbrauchsmittel	0	0
4. Sonstiges	0	0
Summe	100	100

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2012		Soll 2013		Soll 2014	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Dienstoffahrrad	2	0	2	0	2	0
Zusammen	2	0	2	0	2	0

Nutzung der Fahrdienste beim BLB Fahrzeugpool in der NL Potsdam (vgl. Titel 514 25).

514 25	011	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	391.700	125.000	125.000
			335.439		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. personengebundenen Fahrdienst	25.000	25.000
2. allgemeinen Fahrdienst	100.000	100.000
Summe	125.000	125.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in der NL Potsdam. 2013: Weniger nach Umsetzung von 225.000 Euro (Titel 428 10: 221.000 Euro; Titel 511 20: 1.000 Euro; Titel 525 10: 2.000 Euro; Titel 527 10: 1.000 Euro) im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Fahrer personengebundener Dienstkraftfahrzeuge gemäß KV 430/12 und in Anpassung an den Bedarf.

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15.000	18.000	18.000
			12.393		

Erläuterungen:

	2013	2014
	EUR	EUR
1. Heizung	0	0
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	500	500
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	2.500	2.500
4. Grundbesitzabgaben	0	0
5. Bewachungskosten	15.000	15.000
6. Sonstiges	0	0
Summe	18.000	18.000

Veranschlagt für den Teil der Bewirtschaftungskosten, der nicht vom BLB übernommen wird, wie z.B. für Reparaturen von Büromöbeln, Wartungs- und Instandsetzungsverträge für die Einbruch- und Brandmeldeanlage des MP-Wohnhauses.

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

518 10 011 **Mieten und Pachten** **32.000** **20.000** **20.000**
11.811

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Anmietung von Besprechungs- und Veranstaltungsräumen (Brandenburgsaal) im Bedarfsfall.
2013: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

518 20 011 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** **1.500** **1.200** **1.200**
1.128

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Maschinen/Geräte	1.200	1.200
Summe		1.200	1.200

518 25 011 **Mietzahlungen an den BLB** **941.100** **992.000** **1.012.000**
969.241

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Heinrich-Mann-Allee 107, Potsdam (Staatskanzlei)	992.000	1.012.000
Summe		992.000	1.012.000

Mehr aufgrund steigender Betriebs- und Nebenkosten, u.a. durch die Anpassung von Verträgen an die Vorgaben des Brandenburgischen Vergabegesetzes.

519 10 011 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** **1.000** **1.000** **1.000**
1.028

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	1.000	1.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
Summe		1.000	1.000

Veranschlagt für den Teil der Unterhaltungskosten, der nicht vom BLB übernommen wird.

525 10 011 **Aus- und Fortbildung** **38.000** **32.000** **32.000**
20.999

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten	32.000	32.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		32.000	32.000

2013: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

526 10 011 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** **120.000** **120.000** **120.000**
19.347

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Analysen zu politischen Schwerpunktthemen im Land Brandenburg	100.000	100.000
2.	Gutachterliche Analysen zu aktuellen politisch übergreifenden Schwerpunktthemen	10.000	10.000
3.	Sonstiges (u.a. Rechtsgutachten, Rechtsvertretungen, Honorartätigkeit, Prozess- und Gerichtskosten)	10.000	10.000
Summe		120.000	120.000

Die Mittel sind u.a. veranschlagt für Analysen zum Image des Landes Brandenburg. Dabei wird untersucht, wie das Land außerhalb, z. B. von potenziellen Investoren, Touristen oder Fachkräften, gesehen wird. Es werden Ursachen, Entstehungszusammenhänge und Bestandteile des Images ermittelt und daraus Stärken und Schwächen abgeleitet. Die Analysen dienen als Basis für die Ausrichtung einer Kommunikationsstrategie zur Verbesserung des Images.

527 10	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	71.800 57.177	66.000	66.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu (§ 15 Abs. 1 LHO).

Erläuterungen:

2013: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbeschädigtenangelegenheiten	100 28	100	100
--------	-----	--	------------------	------------	------------

529 10	011	Verfügungsmittel	28.000 23.175	28.000	28.000
--------	-----	-------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Ministerpräsident	22.800	22.800
2.	Chef der Staatskanzlei	2.300	2.300
3.	Bevollmächtigte des Landes beim Bund	1.300	1.300
4.	Staatssekretärin	900	900
5.	Regierungssprecher	700	700
Summe		28.000	28.000

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

531 10	011	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	16.600 16.391	16.800	17.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	146.500 140.641	146.500	146.500
--------	-----	------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 531 20

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Ausstellungen, Messen, Informationsveranstaltungen	30.000	30.000
2.	Produktion, Veröffentlichung und Beschaffung von Informationsmaterialien	35.000	35.000
3.	Pressearbeit	5.000	5.000
4.	Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung aufgrund aktueller Anlässe	24.500	24.500
5.	Einheitliche Außendarstellung der Landesregierung (Logo)	15.000	15.000
6.	Erarbeitung von Werbeaufträgen mit modernen Medien	10.000	10.000
7.	brandenburg.de	27.000	27.000
Summe		146.500	146.500

531 27	011	Deutsch-Polnischer Journalistenpreis	3.000	4.300	50.000
			2.465		

Erläuterungen:

Der Journalistenpreis dient der Festigung und Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen. Das Land Brandenburg ist tur-
nungsgemäß alle sechs Jahre für die Ausrichtung des Wettbewerbs und die Durchführung des Festaktes anlässlich der Preisver-
leihung zuständig. In 2014 ist Brandenburg Ausrichter des Wettbewerbs.

2013: Veranschlagt für Ausgaben des Anteils des Landes Brandenburg am Preisgeld und an der Leitung der Geschäftsstelle
sowie Vorlaufkosten für die Festveranstaltung in 2014.

2014: Mehr wegen der Kosten für die Ausrichtung des Wettbewerbs.

531 30	013	Nachrichtenagenturdienste, Informationsdienste und Presse- korrespondenten	118.000	111.000	113.000
			108.603		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Leistungen der Presse-/Nachrichtenagenturen u.ä. sowie für die Erstellung des elektronischen Nachrichten-
spiegels und der Archivierung von Presseartikeln.

2013: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

533 10	011	Kosten für Repräsentation	175.000	165.000	165.000
			150.629		

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Staatsbesuche und Auslandsdienstreisen	81.000	75.000
2.	Empfänge und Veranstaltungen	64.000	70.000
3.	Arbeitsgespräche und Gästegruppen	20.000	20.000
Summe		165.000	165.000

2013: Weniger, da im Vorjahr zusätzliche Ausgaben aus Anlass der Feierlichkeiten zum "300. Geburtstag Friedrichs des Gro-
ßen" veranschlagt waren.

533 20	011	Kosten für Repräsentationen des Landes Brandenburg im Ausland	4.000	100.000	4.000
			107.784		

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 533 20

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:		100.000
davon fällig:		
2014 bis zu		
2015 bis zu		100.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013		100.000			100.000
2014					
2015				100.000	100.000
2016					
2017 ff.					
Summen		100.000		100.000	200.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Auslandspräsentationen des Landes Brandenburg zum Zwecke der Bewerbung gegenüber einer breiten Öffentlichkeit oder einem ausgewählten Zielpublikum unter Anwesenheit hochrangiger Vertreter aus Politik und Gesellschaft. Die Präsentationen finden alle zwei Jahre statt.

2013: Mehr wegen Durchführung der Auslandspräsentation.

2014: Weniger, da nur die Vorbereitungskosten für die Präsentation in 2015 veranschlagt sind.

533 30	011	Internationale Beziehungen	9.300	4.300	4.300
			2.731		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung von Arbeitstreffen, Veranstaltungen und Sitzungen sowie für die Betreuung von in- und ausländischen Besuchern.

2013: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

541 10	011	Durchführung von Veranstaltungen und Tagungen	6.000	6.000	66.000
			0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Durchführung von Veranstaltungen und Tagungen insbesondere zu gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Schwerpunktthemen.

2014: Mehr, da Mittel für Feierlichkeiten aus Anlass des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution veranschlagt sind.

541 20	011	Ausrichtung der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg wird im Jahr 2014 den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder übernehmen. Die Ausgaben sind in der Titelgruppe 75 veranschlagt.

542 10	291	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch	0	0	0
			0		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 542 10

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 10	011	Sonstiges	400 179	400	400
546 15	012	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	146.900 129.591	521.900	521.900

Erläuterungen:

Veranschlagt für folgende Servicevereinbarungen und Leistungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	IT-Grundausstattung je Arbeitsplatz	262.600	262.600
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	22.400	22.400
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gem. Ziffer 1. und 2.	77.000	77.000
4.	weitere Servicevereinbarungen	159.900	159.900
Summe		521.900	521.900

	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014	HH-Jahr 2013	HH-Jahr 2014
	1	2	3	4	5			
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	110,00	110,00	97,00	97,00	120,00	120,00	45,00	45,00
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	158	158			25	25		
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze					9	9	15	15

2013: Mehr durch Umsetzung von Titel 546 16 und wegen erstmaliger Veranschlagung der zu Grunde liegenden Verrechnungssätze für die Ausstattung der Arbeitsplätze nach der Vollkostenrechnung, Preissteigerungen bei den sonstigen Serviceleistungen sowie der Erhöhung der Bandbreite für die Datennetzkoppelung zur Vertretung des Landes beim Bund.

546 20	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	500 0	500	500
546 30	011	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	1.000 1.322	1.500	1.500
546 40	011	Dienstleistungen Dritter	2.200 1.747	2.200	2.200

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für die Inanspruchnahme von Fremdsprachendiensten.

546 50	011	Abgaben an die Künstlersozialkasse	3.000 1.522	3.000	3.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	-------	-------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 546 50

Erläuterungen:

Nach den Bestimmungen des Künstlersozialversicherungsgesetzes ist die Staatskanzlei verpflichtet, Künstlersozialversicherungsbeiträge abzuführen. Die Höhe der Künstlersozialabgabe richtet sich nach einem Vomhundertsatz von den Entgelten für künstlerische und publizistische Werke oder Leistungen.

549 10 011 Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben 0 0
neu

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(531 40) 011 Imagekampagne des Landes Brandenburg 0
0

(546 16) 012 Entgelte an den Brandenburgischen IT-Dienstleister 174.000
0

aus Titelgruppen: 165.400 154.100 436.600

Summe HGr. 5: 2.740.400 2.772.900 3.081.300

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 20 013 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung des Brandenburg-Tages 250.000 10.000 250.000
0

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013	2014
	EUR	EUR

Betrag: 250.000

davon fällig:

2014 bis zu 250.000

2015 bis zu

2016 bis zu

2017 ff. bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			250.000		250.000
2015					
2016					
2017 ff.					
Summen			250.000		250.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung des Landesfestes.

2013: Weniger, da nur Vorlaufkosten veranschlagt sind und wegen Umsetzung von 10.000 Euro nach Kapitel 02 010 Titel 511 10.

2014: Mehr wegen Durchführung des Landesfestes.

684 10 011 Spenden an soziale oder ähnliche Einrichtungen 0 0 0

Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titel 132 20.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Vorgesehen für Spenden an gemeinnützige Einrichtungen aus der Veräußerung von Gegenständen, die dem Ministerpräsidenten und den weiteren Mitgliedern der Landesregierung im Rahmen der Ausübung ihres Amtes überreicht werden.

686 10	011	Zuschuss des Landes an das Berlin-Brandenburgische Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa	201.100 249.800	201.100	201.100
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung und des Dialoges in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur um die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa insbesondere auch mit den östlichen Nachbarn zu vertiefen.

Veranschlagt für die Förderung von europaweiten Projekten sowie der anteiligen Grundfinanzierung der Personal- und Betriebskosten des Instituts.

aus Titelgruppen:	200	700	700
--------------------------	------------	------------	------------

Summe HGr. 6:	451.300	211.800	451.800
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0 0	0	0
--------	-----	----------------------------------	--------	---	---

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	27.400 20.384	72.300	21.800
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ersatzbeschaffungen

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Dienstzimmerausstattungen	12.300	6.800
2.	Ersatzbeschaffung Kopiertechnik	60.000	15.000
	Summe	72.300	21.800

2013: Mehr wegen Ersatzbeschaffung der Kopiertechnik.

2014: Weniger wegen des geringeren Bedarfs an Ersatzbeschaffungen.

aus Titelgruppen:	24.000	23.700	13.500
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 8:	51.400	96.000	35.300
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	851	Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget	0 329.768	0	0
--------	-----	---	--------------	---	---

919 11	851	Zuführung zu der Rücklage Personalbudget	0 176.775	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

919 35	851	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg"	0 0	46.900	46.900
--------	-----	---	--------	--------	--------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 919 35

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlages zu den in der Gruppe 422 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamten und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamten und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

Erstmalig im Einzelplan 02 berücksichtigte Beamte Anzahl: 1

Eine Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet wird, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.
 Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" wird im Einzelplan 20 am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

972 20	881	Globale Minderausgabe	0	0	0
			0		
Summe HGr. 9:			0	46.900	46.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamt

Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

526 60	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2.000 16.660	2.000	2.000
--------	-----	---	------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für wissenschaftliche Studien und Gutachten zum Politikfeld des bürgerschaftlichen Engagements.

531 60	011	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	5.000 1.441	5.000	5.000
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Nach § 63 Abs.3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

539 60	011	Ordensverleihung	26.400 20.012	8.000	14.000
--------	-----	-------------------------	-------------------------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Verleihung des Landes- und Bundesordens (Festakte/Feierstunden, Blumengebinde, Urkunden, Vordrucke etc.).

2013: Weniger, da 18.500 Euro aus haushaltssystematischen Gründen nach Titel 541 60 umgesetzt wurden.

2014: Mehr wegen der Fertigungskosten für Nachbestellungen des Landesordens.

541 60	011	Durchführung von Veranstaltungen und Tagungen	14.100 7.965	32.500	26.500
--------	-----	--	------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Veranstaltungen, Tagungen und Ehrungen im Zusammenhang mit dem bürgerschaftlichen Engagement / Ehrenamt.

2013: Mehr wegen Umsetzung von 18.400 Euro von Titel 539 60.

2014: Weniger aufgrund veränderter Prioritätensetzung zugunsten Titel 539 60.

546 60	011	Sonstiges	0 0	0	0
--------	-----	------------------	---------------	----------	----------

633 60	011	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements		0	0
--------	-----	---	--	----------	----------

684 60	011	Mitgliedsbeitrag Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie für Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Projekte im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements	200 0	700	700
--------	-----	---	-----------------	------------	------------

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **47.700** **48.200** **48.200**

TGr. 61 Demografischer Wandel

Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

526 61	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000 20.115	20.000	20.000
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 526 61

Erläuterungen:

Veranschlagt für Gutachterhonorare und wissenschaftliche Expertisen.

531 61	011	Veröffentlichungen	0 3.430	10.000	10.000
--------	-----	---------------------------	------------	--------	--------

Nach § 63 Abs.3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Kommunikation innovativer Lösungsansätze zu demografischen Problemstellungen.
2013: Mehr aufgrund verstärkter Prioritätensetzung zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit.

537 61	011	EU-Anteil an den Ausgaben für das INTERREG IVC - Projekt DART	0 16.890	0	0
--------	-----	--	-------------	---	---

Erläuterungen:

Das Projekt wurde 2012 beendet.

538 61	011	Landesanteil an den Ausgaben für das INTERREG IVC - Projekt DART	10.000 5.630	0	0
--------	-----	---	-----------------	---	---

Erläuterungen:

2013: Weniger wegen Beendigung des Projektes.

541 61	011	Durchführung von Veranstaltungen und Tagungen	10.000 3.950	10.000	10.000
--------	-----	--	-----------------	--------	--------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Workshops zur Entwicklung von themenbezogenen demografischen Strategien und Maßnahmen.

546 61	011	Sonstiges	0 0	0	0
--------	-----	------------------	--------	---	---

633 61 neu	011	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Demografie-Projekte		0	0
---------------	-----	--	--	---	---

684 61 neu	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Demografie-Projekte		0	0
---------------	-----	---	--	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			40.000	40.000	40.000
-------------------------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

TGr. 63 Regionale Wachstumskerne

Erläuterungen:

Regionale Wachstumskerne sind Städte oder Städteverbände mit besonderen wirtschaftlichen und/oder wissenschaftlichen Potenzialen sowie einer Mindesteinwohnerzahl, die bei Landesförderprogrammen besonders berücksichtigt werden sollen.

Die Mittel sind veranschlagt für Ausgaben im Zusammenhang mit der Steuerung, Koordinierung und Evaluation des Prozesses der räumlichen und sektoralen Neuausrichtung der Förderpolitik, insbesondere hinsichtlich der Regionalen Wachstumskerne.

526 63	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0	20.000
--------	-----	---	--------	---	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 526 63

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:		150.000
davon fällig:		
2014 bis zu		
2015 bis zu		150.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014					
2015				150.000	150.000
2016					
2017 ff.					
Summen				150.000	150.000

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Evaluation zum Sachstand und zur Weiterentwicklung der Neuausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne in Fortschreibung des Gutachtens zur "Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne" aus dem Jahr 2010.

2014: Die Gesamtkosten des Gutachtens werden auf 170.000 Euro geschätzt. Mehr, da Mittel für erste Abschlagszahlungen veranschlagt wurden.

541 63	011	Durchführung von Veranstaltungen und Tagungen	1.000	3.400	3.400
			1.192		

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die Fortführung der Workshops mit den Regionalen Wachstumskernen veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	1.000	3.400	23.400
-------------------------------------	--------------	--------------	---------------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei Titel 235 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Ab dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan erstmalig in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 02.
Stand 31.12.2011

Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockteilzeit	davon kontinuierl. Teilzeit
1. 02 010	16	16	0
Summe	16	16	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

422 64	011	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			244.532		

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Bezüge der Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Leerstellen:					
Ministerialrat	B2	hD	1,00	0,00	0,00
Ministerialrat	A16	hD	1,00	1,00	0,00
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00	1,00
Oberamtsrat	A13	gD	0,00	2,00	2,00
Zusammen:			3,00	4,00	3,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2013	2014		
Leerstellen:				
Zugänge:				
Neue Stellen				
2,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrat	
2,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:				
1,00	0,00	B2 hD	Ministerialrat	
0,00	1,00	A16 hD	Ministerialrat	
1,00	1,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres		
1,00	1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
1,00	-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 64	011	Entgelte der Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			153.044		

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Entgelte der Arbeitnehmer, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2012	2013	2014
Leerstellen:			
E 8	2,00	2,00	1,00
E 3	0,00	1,00	1,00
Zusammen:	2,00	3,00	2,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2013	2014		
Leerstellen:				
Zugänge:				
Neue Stellen				
1,00	0,00	E 8		
1,00	0,00	E 3		
2,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 428 64

Abgänge:

1,00	1,00	E 8
1,00	1,00	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres
1,00	1,00	Stellen Abgänge insgesamt
1,00	-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0 0 0

TGr. 75 Vorsitz des Landes Brandenburg bei der Ministerpräsidentenkonferenz

Erläuterungen:

Im Herbst 2014 wird das Land Brandenburg turnusgemäß den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz für ein Jahr übernehmen.

429 75 011 **Sonstige Personalausgaben** 0 100.000
neu

Erläuterungen:

2014: Die Ausgaben sind für zusätzliches Personal insbesondere für die Geschäftsstelle/des Tagungsbüro veranschlagt. Mehr wegen der erstmaligen Etatisierung.

511 75 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 0 40.000
neu

Erläuterungen:

2014: Veranschlagt für die Ausstattung und Nutzung der Geschäftsstelle/des Tagungsbüros. Mehr wegen der erstmaligen Etatisierung.

527 75 011 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 0 1.000
neu

533 75 011 **Konferenzen der Ministerpräsidenten und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien** 0 221.500
neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	2013 EUR	2014 EUR
Betrag:	100.000	50.000
davon fällig:		
2014 bis zu	100.000	
2015 bis zu		50.000
2016 bis zu		
2017 ff. bis zu		

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 533 75

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2011 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2013 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2013					
2014			100.000		100.000
2015				50.000	50.000
2016					
2017 ff.					
Summen			100.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Organisation und Durchführung der Konferenzen sowie Besuchsprogramme im Rahmen des MPK-Vorsitzes. Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, da aufgrund der Größe der Konferenzen die Auswahl der Veranstaltungsorte begrenzt ist und diese daher über ein Jahr im voraus gebucht werden müssen.

2014: Es ist die Durchführung von zwei MP-Konferenzen (davon eine Jahreskonferenz) und eine CdS-Konferenz vorgesehen. Mehr wegen der erstmaligen Etatisierung.

546 75 011 Sonstiges 0 0
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 75 0 362.500

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79 011 Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte) 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2012	2013	2014
Ministerialrat	A16	hD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 Personalbedarfsplanung					
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2014 Personalbedarfsplanung					
Oberregierungsrat	A14	hD	1,00	0,00	0,00
Oberamtsrat	A13	gD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:			3,00	2,00	2,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2013 2014

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	0,00	A14 hD Oberregierungsrat
1,00	0,00	A13 gD Oberamtsrat
2,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung
2,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt
-2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 422 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A16 hD	Ministerialrat	Umwandlung von A16 hD	Umsetzung von 422 10 nach 422 79
------	------	--------	----------------	-----------------------	----------------------------------

1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt
1,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 79	011	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
			0		

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2012	2013	2014
E 8		1,00	2,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2015 Personalbedarfsplanung			
E 6		1,00	0,00	0,00
E 5		3,00	3,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 Personalbedarfsplanung			
	2,00 im Jahr 2016 Personalbedarfsplanung			
E 4		2,00	2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2016 Personalbedarfsplanung			
E 3		1,00	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2016 Personalbedarfsplanung			
Zusammen:		8,00	8,00	7,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2013 2014

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1,00	0,00	E 6
0,00	1,00	E 5

1,00	1,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung
1,00	1,00	Stellen Abgänge insgesamt
-1,00	-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	E 8	Umwandlung von E 8	Umsetzung von 428 10 nach 428 79
------	------	-----	--------------------	----------------------------------

1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen
1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt
1,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich:	Summe TGr. 79	0	0	0
-----------------------	----------------------	----------	----------	----------

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	012	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	43.200	42.200	42.200
			40.853		

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
 02 010 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Hardware	6.000	6.000
2.	Software	23.100	23.100
3.	Unterhaltung	13.100	13.100
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		42.200	42.200

518 99	012	Mieten	0	0	0
			46.408		

525 99	012	Aus- und Fortbildung	2.000	2.000	2.000
			2.381		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	2.000	2.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		2.000	2.000

538 99	012	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	31.700	19.000	19.000
			32.574		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Aufträge und Dienstleistungen an Dritte.
 2013: Weniger, da in 2012 zusätzliche Ausgaben für die Aktualisierung des IT- Sicherheitskonzeptes veranschlagt waren.

812 99	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	24.000	23.700	13.500
			6.726		

Erläuterungen:

		2013 EUR	2014 EUR
1.	Hardware	23.700	13.500
2.	Software	0	0
Summe		23.700	13.500

Veranschlagt für Ersatzbeschaffungen für die Fachverfahren. Beschaffungen für die Grundausstattung werden im Rahmen der Leistungen des ZIT-BB bei Titel 546 15 ausgewiesen.

2014: Weniger im Rahmen der IT-Beschaffungszyklen.

Nachrichtlich:	Summe TGr. 99	100.900	86.900	76.700
-----------------------	----------------------	----------------	---------------	---------------

Nachrichtlich:	Summe Ausgaben der Titelgruppen	189.600	178.500	550.800
-----------------------	--	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.200	8.200	8.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	40.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		8.200	48.200	8.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.285.600	11.810.300	11.881.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.740.400	2.772.900	3.081.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	451.300	211.800	451.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	51.400	96.000	35.300
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	46.900	46.900
Gesamtausgabe		14.528.700	14.937.900	15.497.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.520.500	-14.889.700	-15.489.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	600 0	600	600
124 10	011	Mieten und Pachten	4.800 4.985	4.800	4.800

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen		4.800	4.800
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen		0	0
3.	Sonstige Einnahmen		0	0
Summe			4.800	4.800

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

Summe HGr. 1: **5.400 5.400 5.400**

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0
232 10	011	Anteilige Erstattung der Kosten im Rahmen der gemeinsamen Liegenschaft in Berlin-Mitte, Ministergärten, durch das Land Mecklenburg-Vorpommern	78.700 96.786	78.700	82.700

Siehe Vermerke bei den Titeln 511 20, 517 10, 519 10 und 547 10.

Erläuterungen:

			2013 EUR	2014 EUR
1.	Erstattung Anlieferungspauschale Postversand		6.600	6.600
2.	Erstattung Bewirtschaftungskosten		59.500	63.500
3.	Erstattung Bauunterhaltungskosten		10.100	10.100
4.	Sonstige Erstattungen		2.500	2.500
Summe			78.700	82.700

Die Bewirtschaftungskosten der gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern genutzten Liegenschaft "In den Ministergärten 3, Berlin" werden durch beide Länder auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung in Anlehnung an das Wohneigentumsgesetz (WEG), soweit möglich, entsprechend dem tatsächlichen Verbrauch getragen.

Die Anteile sind auf der Grundlage eines Kostenschlüssels in Höhe von 52,5 v.H. für Brandenburg und 47,5 v. H. für Mecklenburg-Vorpommern berechnet. Ausgenommen hiervon sind die Bewachungs- und Reinigungskosten, die hälftig zu teilen sind.

Die Bewirtschaftung erfolgt nach einem dezentralen Kooperationsmodell, wonach Mecklenburg-Vorpommern für

- Reinigung

- Bewachung und

- Beschaffungen im Rahmen der Bewirtschaftung des gemeinsamen Eigentums

und Brandenburg für die übrige Liegenschaftsbewirtschaftung zuständig ist und darüber hinaus einen Betriebstechniker (wofür eine hälftige Erstattung durch MV erfolgt) vorhält.

281 10	011	Erstattungen für Veranstaltungen in der Landesvertretung	5.000 26.038	5.000	5.000
--------	-----	---	------------------------	--------------	--------------

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 030 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
			Angaben in EUR		

noch zu 281 10

Mehreinnahmen dürfen zur Verstärkung der HGr. 4 sowie des Titels 541 10 verwendet werden.

282 10	011	Sponsoringleistungen aus dem Inland	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben in den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 verwendet werden.

287 10	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben in den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 verwendet werden.

Summe HGr. 2:			83.700	83.700	87.700
----------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012 Ist 2011	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Siehe Vermerk bei den Titeln 281 10, 282 10 und 287 10.

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

427 20	011	Entgelte für Aushilfen	5.000 9.811	5.000	5.000
--------	-----	------------------------	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Vergütung von Aushilfskräften zur Überwindung von Arbeitsengpässen insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen.

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Summe HGr. 4:	5.000	5.000	5.000
---------------	-------	-------	-------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	23.600 18.711	20.600	20.600
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Geschäftsbedarf	7.000	7.000
2. Bücher, Zeitschriften	7.000	7.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.600	6.600
4. Sonstiges	0	0
Summe	20.600	20.600

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	28.700 31.858	28.700	28.700
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden, soweit sie nicht bei den Titeln 517 10, 519 10 und 547 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Postgebühren	15.900	15.900
2. Mobilfunkanschlüsse	0	0
3. Fernmeldegebühren	5.900	5.900
4. Sonstiges	6.900	6.900
Summe	28.700	28.700

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	200 109	200	200
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

	2013 EUR	2014 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	200	200
3. Verbrauchsmittel	0	0
4. Sonstiges	0	0
Summe	200	200

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 030 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011		
Angaben in EUR					

noch zu 514 10

Nutzung der Fahrdienste beim BLB Fahrzeugpool in der NL Potsdam (vgl. Kapitel 02 010 Titel 514 25).

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	205.000	205.000	213.500
			187.606		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden, soweit sie nicht bei den Titeln 511 20, 519 10 und 547 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Heizung	30.000	30.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	40.000	40.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	62.000	62.000
4.	Grundbesitzabgaben	300	300
5.	Bewachungskosten	28.700	28.700
6.	Sonstiges	44.000	52.500
Summe		205.000	213.500

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 3.484,67 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

2014: Mehr wegen zusätzlicher Wartungskosten für neu eingebaute Außenjalousien.

518 10	011	Mieten und Pachten	0	0	0
			0		

518 20	011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	0
			0		

519 10	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	36.000	33.000	33.000
			31.463		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden, soweit sie nicht bei den Titeln 511 20, 517 10 und 547 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	33.000	33.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
Summe		33.000	33.000

531 10	011	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	3.000	3.000	3.000
			323		

Nach § 63 Abs.3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	7.000	7.000	7.000
			6.064		

541 10	011	Veranstaltungen, Besucherbetreuung	73.000	73.000	73.000
			63.582		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden, soweit sie nicht bei der HGr. 4 verwendet werden. In Höhe der Mindereinnahmen sind Ausgaben einzusparen.

02 Ministerpräsident und Staatskanzlei
02 030 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Ist 2011	Angaben in EUR	

noch zu 541 10

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die Durchführung von Veranstaltungen und für die Betreuung von in- und ausländischen Besuchern einschließlich kultureller Rahmenprogramme sowie für internationale Angelegenheiten im Bereich der Vertretung des Landes beim Bund in Berlin vorgesehen.

541 20	011	Aufwendungen zur Durchführung von Ausstellungen	9.300	9.300	9.300
			0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind zur Darstellung des Landes in wechselnden Ausstellungen bestimmt.

546 10	011	Sonstiges	500	500	500
			0		

546 20	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	500	500	500
			0		

Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gezahlt werden.

547 10	011	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden, soweit sie nicht bei den Titeln 511 20, 517 10 und 519 10 verwendet werden.

Summe HGr. 5:			386.800	380.800	389.300
---------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0	23.000	0
			15.144		

Erläuterungen:

		2013	2014
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen für die medientechnischen Anlagen	11.000	0
2.	Ersatzbeschaffung von Kopiertechnik	12.000	0
	Summe	23.000	0

2013: Veranschlagt für Ersatzbeschaffungen für die medientechnischen Anlagen und Kopiertechnik.

2014: Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 8:			0	23.000	0
---------------	--	--	----------	---------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	5.400	5.400	5.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	83.700	83.700	87.700
Gesamteinnahme		89.100	89.100	93.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.000	5.000	5.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	386.800	380.800	389.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	23.000	0
Gesamtausgabe		391.800	408.800	394.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-302.700	-319.700	-301.200

Haushaltsübersicht 2013

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
02 010	Ministerpräsident und Staatskanzlei						
633 20	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung des Brandenburg-Tages	250,0	250,0				
	Titel aus Titelgruppe 75						
533 75	Konferenzen der Ministerpräsidenten und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien	100,0	100,0				
	Zusammen	350,0	350,0				

Haushaltsübersicht 2014

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2013	2014	2015	2016	2017 ff.
1.000 EUR						
1	2	3	4	5	6	7
02 010	Ministerpräsident und Staatskanzlei					
533 20	Kosten für Repräsentationen des Landes Brandenburg im Ausland		100,0	100,0		
633 20	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung des Brandenburg-Tages	250,0				
	Titel aus Titelgruppe 63					
526 63	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		150,0	150,0		
	Titel aus Titelgruppe 75					
533 75	Konferenzen der Ministerpräsidenten und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien	100,0	50,0	50,0		
	Zusammen	350,0	300,0	300,0		

Übersicht
über Dienstwohnungen

Kap.	Dienstwohnungen für Beamte						Dienstwohnungen für Arbeitnehmer		Dienstwohnungen zusammen		
	Höherer Dienst		Gehobener Dienst		Mittlerer und einfacher Dienst		2013	2014	2012	2013	2014
	2013	2014	2013	2014	2013	2014					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
02 010							1	1	1	1	1
Zus.							1	1	1	1	1

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
02 010 geleast										2	2	2	2	2	2
Zus. geleast										2	2	2	2	2	2